



**Pressemitteilung 06/2006 des Libertären Instituts**

Kontakt: 0173 / 8517462 info@libertaeres-institut.de

Webseite: www.libertaeres-institut.de

Ausgabedatum: 18.10.2006

Freigabe: Sofort

## **Libertäres Institut: Die „neue Unterschicht“ ist ein Produkt des Sozialstaats**

**Das Libertäre Institut fordert die Abschaffung des Sozialstaats als notwendige Maßnahme zur Bekämpfung der ständig wachsenden Proletarisierung der Gesellschaft und zur Reduzierung der Zahl von Kindesverwahrlosungen, -misshandlungen und -ermordungen.**

Die von der Friedrich-Ebert-Stiftung in Gang gesetzte Debatte über die „neue Unterschicht“ kritisiert das Institut als verlogen, abgehoben und lediglich darauf abgerichtet, den Sozialstaat auszuweiten und damit die staatliche Dosis zur kulturellen Proletarisierung erneut zu erhöhen.

„Die Politik soll endlich aufhören, Krokodilstränen über von ihr verursachte Probleme zu vergießen und statt dessen das Problem an der Wurzel anpacken: am Sozialstaat selbst“, so André Lichtschlag, Mitarbeiter des Libertären Instituts.

Am kürzlich aufgedeckten Fall des zu Tode misshandelten Kleinkindes Kevin in Bremen zeige sich deutlich, wie verderblich der Sozialstaat auf das Verhalten und die Disziplin der Menschen wirkt.

„Die Politiker sind ‚erschrocken‘, weil Kevin doch eigentlich in der Obhut des Staates stand, in ihrer Obhut also. Aber es war nicht nur Kevin, der in ihrer Obhut stand. Es waren auch – und viel länger bereits – seine beiden Eltern, die seit Jahren von Sozialhilfe lebten. Sie waren nicht nur schwer drogenabhängig, sondern hingen auch an der Nadel des Staates. Welche der beiden Abhängigkeiten sie mehr apathisch und im wahrsten Sinne asozial werden ließ, ist schwer zu sagen.“

Lichtschlag bietet ein alternatives Szenario der Entwicklung dieser „Familie“, eines ohne Sozialstaat:

„Stellen wir uns vor, die nun so besorgten Polit-Dealer hätten nicht vor vielen Jahren die Droge Sozialstaat allorts und scheinbar kostenlos und in immer höheren Dosen verteilt. Stellen wir uns vor, Kevins Vater und Mutter hätten arbeiten müssen, um ihr Leben selbst zu finanzieren. Andernfalls hätten sie sich weder Wohnung noch Kühlschrank erlauben können – und vermutlich auch keinen Sohn. Kevin und seine Mutter wären vom regelmäßig arbeitenden Vater während dessen Arbeitszeit verschont geblieben. Mehr noch, dieser hätte wesentlich disziplinierter leben müssen. Wäre er verhaltensauffällig geworden – was in staatlicher Obhut stets der

Fall war – er hätte seinen Job verloren. Oder stellen wir uns vor, Kevins Familie wäre von einer privaten oder kirchlichen Hilfsstation persönlich betreut worden, statt von Bürokraten des Sozialamtes. Wäre ein solches Schicksal überhaupt denkbar gewesen?”

Keinem scheint aufgefallen zu sein, so Lichtschlag, dass im „Fall Kevin“ seine beiden Eltern nicht verheiratet waren. Dabei sei der Grund dafür sehr einfach: „Nicht verheiratete Eltern kassieren ungleich mehr Sozialhilfe als Verheiratete. Die Wahrheit ist: Der Staat zerstört seit Jahren konsequent die familiären Bindungen der Unterschichten. Selbst dort, wo einmal geheiratet wurde, hat die Politik insbesondere für Frauen die Scheidungen und das Alleinerziehen so attraktiv gestaltet, dass dieser Weg inzwischen der ‚normale‘ in den Ghettos geworden ist.“

„Die Debatte wird inzwischen von weiteren Kindesverwahrlosungen, -misshandlungen und -ermordungen begleitet“, beobachtet Lichtschlag. „Die Fälle Karolina und Marco etwa kommen hinzu. Alle diese Kinder wurden wie jene vor einem Jahr in genau den Gegenden gefunden, in denen die Hartz-IV-Empfänger wohnen. Alle diese Kinder waren Kinder von drogen- und staatsabhängigen alleinerziehenden Sozialhilfeempfängern. Ohne Sozialhilfe müssten ihre Mütter arbeiten und würden kaum nebenbei ein Kind ernähren. Mit Kind dagegen erhalten sie soviel Staatsknete, wie sie ohne kaum je selbst verdienen würden. Es sind jene Schichten, in denen dank der Sozialpolitik der nun so betroffenen dreinschauenden Politiker Kinder erst in die Welt gesetzt werden, damit es ihre Mütter ohne Arbeit besser haben als ohne Kind und mit Arbeit. Das ist bequem. Und dabei lässt es sich auch viel ungestörter saufen, spritzen, f... – was mitunter neun Monate später unverhoffte Folgen hat – und fernsehen. ‚Unterschichten-Fernsehen‘, versteht sich.“

Der oft zu hörende Einwand, dass in Zeiten der Massenarbeitslosigkeit diese Menschen nichts dafür könnten, dass sie keine Arbeit finden, stimme – aber: „Die Massenarbeitslosigkeit ist genau umgekehrt eine Folge von Sozialhilfe und Arbeitslosengeld – also der Prämien fürs Nichtstun. Alle anderen Schikanen der Politik wie Überbürokratisierung, Subventionierung, Marktverzerrung, Monopolbildung und vieles mehr senken den Lebensstandard. Aber würde es keine Lohnersatzleistungen geben, würden die Menschen arbeiten, im schlimmsten Fall für einen Euro die Stunde oder weniger. Sie würden arbeiten und damit eigenverantwortlich und selbstbewusst leben. Ins ungestörte und vom Staat alimentierte Saufen, Spritzen und so weiter wurden sie erst von der Sozialpolitik getrieben. Aufstiegs willen? Ist es ein Wunder, dass dieser vollends verloren geht, wenn fürs Fernsehgucken auch die Kohle fließt?“

Lichtschlags Schlussfolgerung lautet, dass der Staat für das Schicksal des kleinen Kevin verantwortlich ist – aber eben nicht, weil er zu wenig für ihn tat, sondern weil er viel zu viel für seine Eltern tat. „Und ‚wir‘ sind insofern verantwortlich, dass allzu viele von ‚uns‘ in Situationen wie diesen nur nach noch mehr Politik schreien. Die Opfer der neosozialistischen Politik werden auf diesem Wege leider nicht weniger werden.“

ENDE DER PRESSEMITTEILUNG

Hinweis:

Der Autor dieser Pressemitteilung, André F. Lichtschlag, ist Mitarbeiter des Libertären Instituts. Für weitere Anfragen steht der Leiter des Libertären Instituts, David Schah, zur Verfügung:

Tel: ++49(0)173/8517462

E-Mail: [info@libertaeres-institut.de](mailto:info@libertaeres-institut.de)

Das Libertäre Institut ist Deutschlands einziger radikal-liberaler und pro-kapitalistischer Thinktank und wirbt für eine libertäre Sichtweise auf alle durch Politikversagen entstandenen Probleme. Weitere Informationen finden Sie auf unserer Webseite: <http://www.libertaeres-institut.de>

Postanschrift:

Libertäres Institut  
c/o David Schah  
Dyroffstr. 4  
53113 Bonn